

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2022

UNSERE ANTWORTEN AN DIE FACHBERATUNGSSTELLE FÜR SEXARBEITENDE DES VEREINS PHOENIX e.V.

1. Hat Ihre Partei eine grundsätzliche Haltung zur Sexarbeit?

Für uns ist Sexarbeit kein Beruf wie jeder andere. Die Besonderheiten und Gefahren dieses Gewerbes, die Sicherheit im Arbeits-, Sozial- und Strafrecht sowie die weitere Entstigmatisierung bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Zum Schutz der in der Prostitution tätigen Personen braucht es klare und durchsetzbare Regeln. Für deren Ausgestaltung ist es von Bedeutung, ob eine Person freiwillig der Prostitution nachgeht, aus mehr oder weniger unfreiwilligen Gründen sexuelle Handlungen gegen Geld anbietet oder ob eine Person Opfer von Zwangsprostitution ist.

Der Schutz und die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen für Menschen, die der Prostitution nachgehen, sind uns ein zentrales Anliegen. Das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Prostituierten muss gestärkt und deren Stigmatisierung abgebaut werden.

2. Erkennt Ihre Partei Sexarbeit als Erwerbstätigkeit an?

Die freiwillige und von Erwachsenen ausgeübte Sexarbeit ist aus unserer Sicht eine reguläre berufliche Tätigkeit bzw. Dienstleistung. Diese Einordnung stärkt die Rechte von Menschen, die in der Prostitution tätig sind, schafft Sicherheit und eröffnet ihnen den Zugang zu den Systemen der sozialen Sicherung.

3. Wenn Sie Sexarbeit anerkennen, wie stehen Sie zur Diskriminierung von Sexarbeitenden und Kund*innen (z. B. regelmäßige gesundheitliche Beratungs- oder ordnungsrechtliche Anmeldepflicht, Beweislastumkehrung für Kund*innen)?

Die SPD setzt sich für die Entstigmatisierung und gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Sexarbeit ein. Zum Schutz der in der Prostitution tätigen Personen braucht es klare und durchsetzbare Regeln. Auflagen wie Erlaubnis- und Anmeldepflichten oder die Pflicht zur gesundheitlichen Beratung, die dem Schutz der Sexarbeitenden dienen, befürworten wir.

4. Gibt es in Ihrer Partei Kontakte / einen Austausch mit Akteur*innen der Sexarbeit (z. B. Berufsverbände)?

Im Rahmen eines Runden Tisches gab es in Niedersachsen bereits in der 17. Legislaturperiode einen intensiven Austausch zwischen den Fraktionen des Landtags, Berufsverbänden und in der Prostitution tätigen Menschen. Darüberhinausgehend besteht nach wie vor regelmäßiger Kontakt insbesondere zwischen der Fachsprecherin unserer Landtagsfraktion und den Berufsverbänden. Den inhaltlichen Austausch wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode aufrechterhalten und weiter intensivieren.

5. Da das niedersachsenweite Phoenix Projekt zur Stärkung von migrierten Sexarbeitenden durch aufsuchende Sozialarbeit Ende des Jahres 2022 ausläuft, bedarf es einer Weiterfinanzierung. Wird Ihre Partei sich für eine Fortführung bzw. Verstetigung des Projektes ab 2023 einsetzen?

Viele in der Prostitution tätige Menschen stammen zunehmend aus anderen, vor allem osteuropäischen Ländern. Die Stärkung von migrierten Sexarbeitenden insbesondere durch aufsuchende Sozialarbeiter*innen, die fremdsprachengeschult sind und die Problemlagen genau kennen, halten wir vor diesem Hintergrund für notwendig und setzen uns für eine Weiterfinanzierung des Projekts ein.

6. Wird Ihre Partei sich für eine Verstetigung der Finanzierung der seit 1989 erfolgreich tätigen und einzigen Fachberatungsstelle für Sexarbeitende in Niedersachsen Phoenix einsetzen?

Die Fachberatungsstelle für Sexarbeitende des Vereins Phoenix e.V. leistet einen maßgeblichen Beitrag, die Situation von Sexarbeitenden in Niedersachsen zu verbessern. Wir werden uns daher dafür einsetzen, die Fachberatungsstelle dauerhaft zu erhalten.